



... und die Belastungen b
... n Arm und Reich vergrößert
... dem des Nordens und Süderts sic
... der rohstoffreiche Südens wa
... ie Unternehmreiche Süden ist nac
... damit eine Steigerung der We
... mmen werden die
... hwellen

FORDERUNGEN DES FAIREN HANDELS AN DIE WELTHANDELSPOLITIK



Die „**FORDERUNGEN AN DIE WELTHANDELSPOLITIK**“ wurden im Arbeitskreis Grundsatz und Politik des Forum Fairer Handel e. V. entwickelt und mit den Mitgliedsorganisationen abgestimmt. Es handelt sich um die Überarbeitung und Aktualisierung der 1. Auflage von 2005.

HERAUSGEBER Forum Fairer Handel e. V.

TEXT Marco Klemmt

REDAKTION Manuel Blendin (Forum Fairer Handel e. V.), Gerd Nickoleit (Forum Fairer Handel e. V.), Andrea Fütterer (GEPA – The Fair Trade Company), Anna Hirt (Weltladen-Dachverband e. V.)

BILDER lobOlmo (S. 6, 9); idealistock / www.istockphoto.com (S. 7); www.24zwoelf.de (S. 8; 14); Florent Chevillard / www.freeimages.com (S. 11); ACP / GEPA – The Fair Trade Company (S. 12); Armin Kübelbeck / Wikimedia Commons (S. 13)

GRAFIK www.24zwoelf.de, Hannover

DRUCK UmweltDruckerei, Hannover

AUFLAGE 5.000

BERLIN, DEZEMBER 2014

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das Forum Fairer Handel e. V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Die Erstellung der Broschüre wurde gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, MISEREOR sowie von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in Ihren Händen halten Sie den Beitrag des Forum Fairer Handel e. V., dem Netzwerk des Fairen Handels in Deutschland, zur Debatte über gerechte, nachhaltige Welthandelspolitik. Knapp zehn Jahre nach der ersten Veröffentlichung erschien eine Überarbeitung und Aktualisierung sinnvoll, auch wenn die Forderungen von damals leider nach wie vor aktuell sind.

Der Faire Handel engagiert sich für mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Er setzt sich handelspolitisch insbesondere für benachteiligte Kleinproduzenten/-innen im Globalen Süden und zunehmend auch im Globalen Norden ein. Die vorliegende Broschüre erläutert, welche grundlegenden Forderungen die Fair-Handels-Bewegung in Deutschland unabhängig von tagespolitischen Ereignissen an die Welthandelspolitik richtet.

Die Welt ist im letzten Jahrzehnt noch enger zusammengewachsen. Das zeigt sich zum einen daran, dass immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer am Welthandel teilnehmen. Zum anderen hat – neben der WTO – die wachsende Zahl der bilateralen Handelsabkommen immer stärker auch globale Auswirkungen. Zugleich wächst der globale Handel stetig. Dies geht einher mit einem enormen Anstieg des weltweiten Rohstoffverbrauchs und einer zunehmenden Liberalisierung der Handelsregeln.

Doch führt dieses Mehr an Handel auch zu mehr Entwicklung und Gerechtigkeit? Noch immer sind fast eine Milliarde Menschen von Armut und Hunger bedroht, die Biodiversität schrumpft rapide und die Belastungen für die Umwelt steigen mit der wachsenden Konsumnachfrage. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich, zunehmend auch innerhalb der Länder des Nordens und Südens. Der rohstoffreiche Süden ist nach wie vor nur Lieferant für die Unternehmen im Norden. Die Weiterverarbeitung der Rohstoffe und damit eine Steigerung der Wertschöpfung im eigenen Land werden selten ermöglicht. Und in der Mehrzahl der Handelsabkommen werden die politischen Handlungsspielräume der Schwellen- und Entwicklungsländer beschränkt. All dies beeinträchtigt die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten erheblich.

Auch wenn der Anteil der Schwellen- und Entwicklungsländer am Welthandel stetig steigt, trägt immer noch der Norden die größte Verantwortung für ungleiche Verteilung und

Umweltschäden. Seine enorme Nachfrage nach und gleichzeitige Verschwendung von Ressourcen, seine politische und ökonomische Macht sowie seine Exportorientierung in der Agrar- und Handelspolitik bestimmen die Art und Weise, wie Anbau, Produktion und Handel weltweit stattfinden.

Der globale Handel, wie er bisher stattfindet, ist also an sich weder fair noch fördert er Entwicklung. Dazu braucht er andere und verbindlichere Regeln als bisher. Umso wichtiger ist es, Forderungen an eine Welthandelspolitik zu stellen, sich nicht weiterhin einseitig an Unternehmensinteressen auszurichten, sondern sich vielmehr an den Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt zu orientieren.

Der Faire Handel zeigt, wie dies konkret aussehen kann. Auf der Grundlage der ökonomischen, sozialen und ökologischen Fair-Handels-Prinzipien wird internationaler Handel betrieben. Dieser stellt die Menschen und eine nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt und nicht eine einseitige Gewinnmaximierung um jeden Preis. Trotzdem – oder vielmehr deswegen – ist der Faire Handel in den letzten Jahren enorm gewachsen. Er ist vielfältiger und erfolgreicher geworden. Und mit ihren gemeinsamen Grundsätzen engagieren sich die Akteure des Fairen Handels mittlerweile auch im Norden.

Im Folgenden finden Sie unsere Forderungen an die Welthandelspolitik, damit der globale Handel in der Tat zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt und ökonomische, soziale und ökologische Gerechtigkeit ermöglicht – im Norden wie im Süden.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Reaktion!

FAIRER HANDEL UND WELTHANDEL

Der Faire Handel startete vor mehr als 40 Jahren als Protest und Antwort auf einen Welthandel, der von den nördlichen Industriestaaten durch Zollschränken und Einfuhrquoten dominiert wurde und die Entwicklungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer erheblich einschränkte. Verlierer waren und sind dort vor allem viele Kleinproduzenten/-innen. Der Faire Handel setzt sich für eine gerechtere Welthandelspolitik ein und dafür, den Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftens zu stellen. Gleichzeitig zeigt er konkrete Alternativen, wie Handel unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien erfolgreich sein kann.

Die 1995 geschaffene Welthandelsorganisation (WTO) spielt bei der Entwicklung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen eine zentrale Rolle. Sie regelt die Beziehungen zwischen einzelnen Ländern. Bei der WTO geht es um die Verbesserung des Marktzugangs durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen wie z. B. Einfuhrquoten und nationalen Vorschriften in der Umwelt- und Gesundheitspolitik, die Auswirkungen auf den Handel haben können. Internationale und bilaterale (Frei-)Handelsabkommen setzen und setzen hier ebenfalls an. Allerdings geht es vor allem um besseren Marktzugang für finanzkräftige, exportorientierte Unternehmen aus dem Norden. Aufgrund der ungleichen Machtverhältnisse beeinträchtigen diese Abkommen daher weiterhin die politischen Handlungsspielräume und damit die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Mehrzahl der Entwicklungs- und Schwellenländer. Dies ist unabhängig davon, ob sie direkt involviert oder indirekt als Drittstaaten betroffen sind. Aktuelles Beispiel sind die Verhandlungen zwischen den USA und der EU zum Freihandelsabkommen TTIP.

Die Erfahrungen zeigen, dass Fairer Handel die Lebensumstände benachteiligter Produzenten/-innen verbessern kann. Er ist ökonomisch nicht nur tragfähig, sondern auch erfolgreich. Der Absatz fair gehandelter Produkte wächst stetig: Allein in Deutschland hat sich von 2009 bis 2013 der Umsatz verdoppelt.

Fair-Handels-Organisationen aus den Industrieländern betreiben seit mehr als vier Jahrzehnten Handel mit Produzenten- und Handelsorganisationen vor allem aus dem Globalen Süden. Die zugrunde liegenden Fair-Handels-Kriterien umfassen ökonomische, soziale und wirtschaftliche Aspekte.

Faire Preise, Vorfinanzierung und langfristige Partnerschaften ermöglichen Planungssicherheit und ein menschenwürdiges Einkommen. Die sozialen Aspekte umfassen u. a. sichere und angemessene Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Produktion und Verarbeitung erfolgen nach nachhaltigen und biologischen Kriterien und beinhalten auch Aspekte des Umweltschutzes. Die Unterstützung bei der Weiterentwicklung von Produkten verbessert den Marktzugang für die Produzent/-innen. Das Zusammenwirken der Prinzipien des Fairen Handels ist die Grundlage für das Empowerment von benachteiligten Produzenten/-innen. Es ermöglicht ihnen das aktive Eintreten für ihre Belange im kommunalen, nationalen und internationalen Kontext.

Eine weitere Säule des Fairen Handels ist die Bildungsarbeit. Informationen über Produktions- und Arbeitsbedingungen, Märkte sowie die Lebenssituation der Menschen im Globalen Süden sensibilisieren die Konsumenten/-innen für die Auswirkungen ihres Kaufverhaltens und für handelspolitische Zusammenhänge. Sie motivieren darüber hinaus zu entwicklungspolitischem Engagement.

Politische Arbeit und entwicklungspolitische Kampagnen sind jedoch das entscheidende Element, um gerechte Handelsbedingungen in der internationalen Handelspolitik einzufordern. Dies ist das zentrale Anliegen der Fair-Handels-Bewegung.

Bezugspunkte sind dabei die Menschenrechte als normative Grundlage, Umwelt- und Sozialstandards in der Warenproduktion, Chancengerechtigkeit für schwächere Partner/-innen durch Förderung und Beratung sowie eine demokratische Entscheidungsfindung bei den Produzenten/-innen. Dies sind Grundsätze, mit denen der Faire Handel seit Jahrzehnten positive Erfahrungen macht und mit denen er verdeutlicht, dass Konsum mit sozialem und ökologischem Mehrwert möglich ist.

DIE FORDERUNGEN DES FAIREN HANDELS AN DIE WELTHANDELSPOLITIK



FORDERUNG 1 Handel soll den Menschen dienen und muss daran gemessen werden, was er zur Verwirklichung der Menschenrechte beiträgt.



FORDERUNG 2 Handelsregeln müssen auf sozialen und ökologischen Mindeststandards basieren.



FORDERUNG 3 Welthandelspreise müssen die wahren Produktionskosten widerspiegeln und ein menschenwürdiges Einkommen sichern.



FORDERUNG 4 Entwicklungs- und Schwellenländer müssen weitreichende, national angepasste Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für ihre nationalen Produzenten/-innen durchführen können.



FORDERUNG 5 Die ökonomische Globalisierung muss politische Gestaltungsfreiheit ermöglichen.



FORDERUNG 6 Globale Handelspolitik muss demokratischer und transparenter werden.



FORDERUNG 7 Unternehmen und die öffentliche Hand müssen ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrnehmen.



FORDERUNG 8 Der internationale Handel muss die bäuerliche Landwirtschaft als Garant für Ernährungssicherheit fördern.



FORDERUNG 1 HANDEL SOLL DEN MENSCHEN DIENEN UND MUSS DARAN GEMESSEN WERDEN, WAS ER ZUR VERWIRKLICHUNG DER MENSCHENRECHTE BEITRÄGT.

Deshalb fordert das Forum Fairer Handel ein Welthandelssystem, das übergeordnete Ziele wie die Überwindung von Armut, ein menschenwürdiges Leben für alle, die Schaffung von nicht-gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen und die Nutzung der natürlichen Ressourcen im Einklang mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt.

Die Folgen für Menschen und Umwelt werden bei der Liberalisierung des Welthandels als Kern der ökonomischen Globalisierung kaum in den Blick genommen. In diesem „freien“ Handel, der möglichst wenig staatlichen Regulierungen unterliegen soll, stehen wachsende Handelschancen im Fokus. Wenn dabei soziale und ökologische Auswirkungen nicht berücksichtigt werden, führt dies vor allem zu einer einseitigen Stärkung internationaler Unternehmen und Investoren – und nicht zu einem menschenwürdigen Leben für alle.

Mehr soziale Gerechtigkeit im internationalen Maßstab ist ohne eine Orientierung an den Menschenrechten nicht denkbar. Welthandelspolitik muss deshalb das Recht auf Nahrung und Wasser, Gesundheit, Bildung, auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie Organisations- und Verhandlungsfreiheit respektieren. Mit dem EU-Vertrag haben sich die EU und Deutschland verpflichtet, diese universellen und unteilbaren Menschenrechte auch in ihren Außenbeziehungen zu achten und zu fördern. Mit den 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bekennen sich zudem die Staaten dazu, die Bevölkerung vor Menschenrechtsverstößen durch Unternehmen zu schützen.

In der Praxis bedeutet dies, dass bei allen künftigen Handels- und Investitionsabkommen regelmäßig unabhängige, menschenrechtliche Folgeabschätzungen auch auf Drittstaaten vorzunehmen sind. Zudem sollten alle zukünftigen derartigen Abkommen eine verbindliche Menschenrechtsklausel enthalten. Im Konfliktfall muss der Durchsetzung der Menschenrechte mit einem unabhängigen und transparenten Beschwerdemechanismus Vorrang vor den Handelsregelungen eingeräumt werden.

Der Faire Handel respektiert und fördert die Menschenrechte und stellt unter Beweis, dass der Welthandel unter bestimmten Rahmenbedingungen einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere ärmerer Bevölkerungsgruppen leisten kann. Dazu gehört, dass in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen die besondere Situation und die vielfältigen Schwierigkeiten und Herausforderungen der wirtschaftlich schwächeren Länder berücksichtigt werden.



FORDERUNG 2 HANDELSREGELN MÜSSEN AUF SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN MINDESTSTANDARDS BASIEREN.

Das Forum Fairer Handel fordert daher, Handelsabkommen internationalen Menschen- und Umweltrechtsabkommen unterzuordnen. Zudem muss es Regierungen ermöglicht werden, den Handel mit Produkten zu erschweren oder zu verhindern, die die Ziele und Regeln internationaler Menschenrechts- und Umweltabkommen verletzen. Sozial- und umweltverträgliche Produktionsweisen müssen gefördert werden.

Gegenwärtig werden im internationalen Handel Produkte vorrangig nach ihrem Preis bewertet. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion spielen nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Der wachsende und ungezügelter globale Wettbewerb orientiert sich nicht nur vielfach an den niedrigsten Verkaufspreisen mit verheerenden Folgen u. a. für die Arbeits- und Lebensbedingungen im Globalen Süden. Die rasante Zunahme der globalen Warenströme und der damit verbundene Rohstoff- und Energieeinsatz hat auch gravierende negative ökologische Folgen.

Die Produktionsmethoden spielen weder bei den WTO-Regeln noch bei internationalen Handelsabkommen faktisch eine Rolle. Das führt dazu, dass die WTO ihren Mitgliedsstaaten verbietet, Produkte unterschiedlich zu behandeln, weil sie in unterschiedlicher Weise produziert wurden. Vielmehr müssen – gemäß dem WTO-Recht – gleichartige Produkte gleichen Marktzugang haben. Das bedeutet, dass ein nach fairen Bedingungen hergestelltes Produkt den gleichen Regeln unterliegt wie ein Produkt, das zum Beispiel durch die Ausbeutung von Arbeiter/innen hergestellt wurde, und ein gentechnisch verändertes Lebensmittel den gleichen Status erhält wie ein ökologisch erzeugtes.

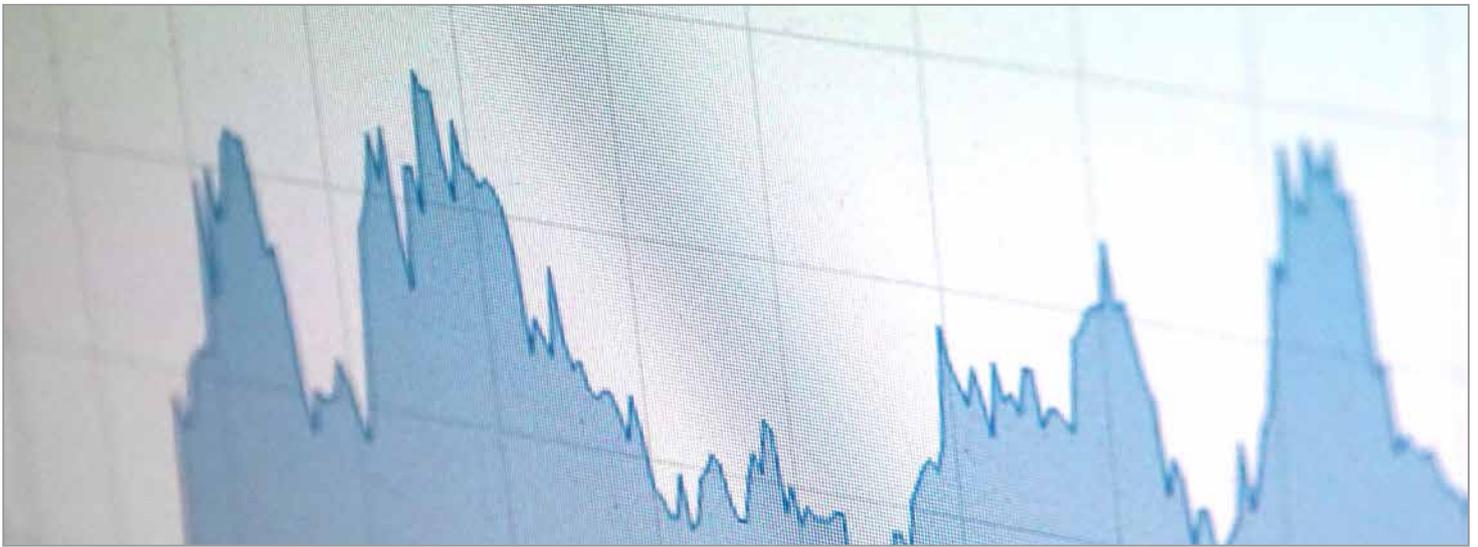
Handelsabkommen dürfen nicht dazu führen, dass Sozial- und Umweltstandards abgebaut werden. Aus Sicht des Fairen Handels müssen die internationalen Handelsregeln die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigen, wonach zum Beispiel ausbeuterische Kinderarbeit nicht erlaubt ist und grundlegende Arbeiter/innenrechte zu respektieren sind. Regierungen müssen die Möglichkeit haben, für Produkte und Dienstleistungen, bei deren Herstellung bzw. Erbringung internationale Verträge wie die ILO-Konventionen oder UN-Umweltabkommen ver-

letzt werden, Steuern und Zölle zu erheben und Importverbote zu verhängen. Demgegenüber muss es möglich bleiben, nachhaltige Produktionsverfahren gezielt zu fördern.

Da insbesondere auch die großflächige Nutzung bzw. der Abbau von (landwirtschaftlichen und mineralischen) Rohstoffen in Entwicklungs- und Schwellenländern immer wieder mit massiven sozialen und ökologischen Eingriffen einhergeht, sind hier entsprechende Mindeststandards anzusetzen. Die Verpflichtung zu unabhängigen Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsüberprüfungen (Human Rights Sustainable Impact Assessment) bei derartigen Vorhaben wäre ein erster Schritt, um negative Einflüsse auf Menschen und Umwelt zu minimieren.

Im Interesse der Lebensmöglichkeiten aller Menschen auf unserer Erde und der kommenden Generationen müssen die Welthandelsregeln an dem Grundkonzept der nachhaltigen Entwicklung orientiert sein. Analog zu den Menschenrechten fordert das Forum Fairer Handel daher, dass bei Handelsstreitigkeiten die Ziele und Regeln internationaler Umweltabkommen nicht nur beachtet werden, sondern im Konfliktfall Vorrang vor den Handelsregeln erhalten. Wo Konflikte zwischen Umweltabkommen auf der einen und Handelsregeln auf der anderen Seite sichtbar werden, müssen die Handelsregeln so angepasst werden, dass sie den Bestimmungen der Umweltabkommen dienen.

Umwelt- und Sozialstandards sind Grundlagen des Fairen Handels. Vorrangiges Ziel des Fairen Handels ist es, menschenwürdige Arbeitsbedingungen für benachteiligte Produzenten/-innen und Arbeiter/innen zu schaffen, deren Einkommen zu verbessern und die Umwelt zu schützen.



FORDERUNG 3 WELTHANDELSPREISE MÜSSEN DIE WAHREN PRODUKTIONSKOSTEN WIDERSPIEGELN UND EIN MENSCHENWÜRDIGES EINKOMMEN SICHERN.

Deshalb fordert das Forum Fairer Handel Preise, die im Dialog zwischen den Handelspartnern/-innen festgelegt werden und unabhängig von den Schwankungen der Weltmarktpreise stets die Produktionskosten decken, die Existenz der Produzenten/-innen und Arbeiter/innen sichern sowie eine sozial gerechte und umweltverträgliche Produktion ermöglichen. Zu den notwendigen politischen Maßnahmen gehört die Unterbindung unlauterer Handelspraktiken.

Die Weltmarktpreise für viele Güter und Dienstleistungen unseres täglichen Konsums liegen so niedrig, dass sie ihren Produzenten/-innen und Arbeiter/innen insbesondere im Globalen Süden kein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Der globale Wettbewerb führt vielmehr dazu, dass Produzenten/-innen und Arbeiter/innen weltweit einem harten Konkurrenzkampf ausgesetzt sind. Nur die billigsten Anbieter können auf dem Markt bestehen.

Die Weltmarktpreise berücksichtigen dabei weder die realen Produktionskosten noch die Arbeits- und Lebenssituation breiter Bevölkerungsgruppen. Im nachfrageorientierten weltweiten Kampf um Niedrigstpreise erhalten jene Anbieter den Zuschlag, deren Produktionskosten am niedrigsten sind. Das begünstigt die Entstehung von Löhnen unter dem Existenzminimum, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen und umweltschädlichen Produktionsmethoden.

Dieser ruinöse Wettbewerb führt zu sozialen und ökologischen Folgekosten, die die Allgemeinheit und zukünftige Generationen zu tragen haben. Um dies zu unterbinden, müssen die Preise auf dem Weltmarkt die realen Kosten der Produktion widerspiegeln. Dies kann auf verschiedenen Wegen geschehen. So bedürfen börsennotierte Waren und Rohstoffe angesichts ausufernder Spekulationen einer besseren staatlichen Regulierung und Kontrolle, um den wahren Wert abzubilden.

Im Lebensmittelbereich dominieren nur wenige Konzerne die Branche und diktieren Art und Weise der Produktion sowie die (Einkaufs-)Preise. Der Missbrauch von Nachfragemacht führt zu unlauteren Handelspraktiken sowohl im Einzelhandel als auch in Produktionsländern und auf allen Ebenen

der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Das Forum Fairer Handel fordert daher zusammen mit dem Fair Trade Advocacy Office ein EU-weites Verbot von unfairen Handelspraktiken und ein Einschreiten des Staates bei Marktkonzentrationen, die zu unfairen Handelspraktiken führen können.¹ Dazu gehören Maßnahmen zum kurzfristigen Ausgleich von Machtgefällen in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten genauso wie die Überarbeitung des Regelwerks der europäischen Wettbewerbspolitik, so dass diese im Stande ist, besser auf solchen Missbrauch zu reagieren. Um unlautere Einkaufspraktiken zu identifizieren, sollte die Transparenz von Kosten landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten erhöht werden. Informationen über den durchschnittlichen Erzeuger/innenpreis bzw. die durchschnittlichen Löhne innerhalb der Wertschöpfungskette können einen Beitrag dazu leisten, den Teufelskreis des Unterbietungswettbewerbs zu brechen.

Der Faire Handel zahlt Preise bzw. Löhne, die die Produktionskosten abdecken und eine Gewinnspanne einschließen. Dadurch wird u. a. ein Empowerment der Arbeiter/innen und Produzenten/-innen ermöglicht: Aufgrund dieser Preise können sie z. B. in Weiterbildungsmaßnahmen, Infrastruktur, Produktentwicklung oder Qualitätsverbesserungen investieren. Dies erhöht ihren Grad an Autonomie und Selbstbestimmung und ermöglicht ihnen, ihre Interessen in den Wertschöpfungsketten eigenständig und selbstverantwortlich zu vertreten.

¹ Vgl. FTAO (2014): Wer hat die Macht? Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten



FORDERUNG 4 ENTWICKLUNGS- UND SCHWELLENLÄNDER MÜSSEN WEITREICHENDE, NATIONAL ANGEPASSTE SCHUTZ- UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN FÜR IHRE NATIONALEN PRODUZENTEN/-INNEN DURCHFÜHREN KÖNNEN.

Das Forum Fairer Handel fordert daher die Möglichkeit für schwächere Handelspartner/innen, Mechanismen zum Schutz und zur Förderung der einheimischen Produzenten/-innen und Märkte umzusetzen. Handelspolitische Präferenzabkommen sollten ausgebaut werden statt Entwicklungsländer zu weitreichenden Liberalisierungen zu verpflichten. Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung ist auch eine verstärkte Förderung von Weiterverarbeitungskapazitäten im Anbaugebiet und die Unterstützung beim Aufbau lokaler und regionaler Wertschöpfungsketten.

Im Welthandel gelten gleiche Regeln für ungleiche Partner/innen. Auch wenn Entwicklungs- und Schwellenländer verstärkt am Handel teilnehmen, sitzt der Norden immer noch am längeren Hebel und diktiert das Regelwerk zu seinen Gunsten. In den WTO-Verträgen und internationalen Handelsabkommen werden die Interessen der Industrienationen weitaus stärker berücksichtigt als diejenigen der Entwicklungsländer.

Die grundlegenden Prinzipien des Freihandels sehen unter anderem vor, dass alle Mitgliedsstaaten, egal ob reich oder arm, sowie aus- und inländische Unternehmen gleich behandelt werden müssen. Doch die Möglichkeiten der verschiedenen Länder und Unternehmen, die Chancen des Freihandels wahrzunehmen, sind extrem unterschiedlich. Deshalb muss die differenzierte und bevorzugte Berücksichtigung von individuellen nationalen Entwicklungsanliegen und -interessen (Special and Differential Treatment) ein Leitprinzip der Welthandelsregeln werden, wenn der Welthandel tatsächlich zur Reduzierung globaler Armut beitragen und nicht einseitig den Interessen der wirtschaftlich Starken dienen soll.

Bevorzugte Handelsbedingungen für ärmere Entwicklungsländer, wie das Allgemeine Präferenzsystem (APS), räumen diesen einseitige Handelspräferenzen ein. Mit Zollvergünstigungen für ihre Exporte in die Europäische Union sollen diese Länder bei der Armutsbekämpfung und der Entwicklung speziell gefördert werden. Doch die EU baut Präferenzen im Rahmen der Economic Partnership Agreements (EPAs) deutlich ab. Angesichts der Forderung nach weite-

ren Zollsenkungen für viele Produkte verlieren diese bevorzugten Handelsbedingungen für ärmere Entwicklungsländer an Bedeutung. Das APS sollte aber weiter ausgebaut werden, da es Entwicklungsländern keine Gegenleistung abverlangt.

Ein umstrittenes Element zur Förderung des Welthandels ist die Senkung von Importzöllen für Agrar- und Industrieprodukte. Die im Rahmen der WTO und den internationalen Handelsabkommen angestrebte Absenkung wird von vielen Entwicklungsländern mit großer Sorge betrachtet. Eine solche Liberalisierungspolitik im Interesse der wettbewerbsstarken Unternehmen des Nordens hat zur Folge, dass lokale Produzenten/-innen und Unternehmen durch leistungstärkere ausländische Unternehmen aus dem heimischen Markt gedrängt werden. Damit wird die Ernährungssouveränität untergraben, Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu. Außerdem würden viele Entwicklungsländer durch eine substanzielle Senkung der Importzölle eine bedeutsame Einnahmequelle des Staates verlieren. Dadurch würden die Möglichkeiten eingeschränkt, öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheits- und Bildungssysteme zu finanzieren. Deshalb fordert das Forum Fairer Handel wirksame Möglichkeiten für Entwicklungsländer, ihre Wirtschaft durch Zölle und andere Marktzugangsregeln gegen die vielfach übermächtige Konkurrenz aus den Industrieländern zu schützen.

Neben diesen notwendigen Schutzmechanismen brauchen schwächere Handelspartner Unterstützung beim Absatz ihrer Waren. So müssen in den Ländern des Südens die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass auch benachteiligte Produzenten/-innen Zugangsmöglichkeiten

zu den internationalen Märkten erhalten und in angemessener Weise an den Einkünften aus dem Export ihrer Waren beteiligt werden. Auch die Förderung lokaler und regionaler Absatzmärkte durch die Politik muss möglich sein.

Internationaler Handel kann – so die Erfahrung des Fairen Handels – unter geeigneten Bedingungen einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Doch im Gegensatz zu ihrer Freihandelsrhetorik schotten die meisten Industriestaaten ihre Märkte oft gerade gegen solche Produkte ab, bei denen die Entwicklungsländer einen Wettbewerbsvorteil haben, weil sie diese – wie beispielsweise im Agrarbereich – besonders preisgünstig herstellen können. Die Weiterverarbeitung von Rohstoffen in den Herkunftsländern wird nach wie vor zum Beispiel durch hohe Zölle für verarbeitete Waren behindert. Diese Politik steht in krassem Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Zielen, in den Ländern des Südens stabile Volkswirtschaften aufzubauen und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Neben den Zöllen spielen zunehmend auch andere Handelshemmnisse wie etwa hygienische oder sicherheitstechnische Produktstandards sowie Industrienormen eine wachsende Rolle. Viele, vor allem ärmere Entwicklungsländer sind kaum in der Lage, diesen hohen Ansprüchen der Industrieländer zu genügen. Auch der Faire Handel verlangt von seinen Partnern die Einhaltung hoher Produktions- und Qualitätsstandards, unterstützt seine Handelspartner/innen aber zugleich bei der Einhaltung dieser Anforderungen.

Der Faire Handel versteht sich selbst als eine Handelspartnerschaft, die eine nachhaltige Entwicklung für benachteiligte Produzenten/-innen anstrebt.¹ Er unterstützt seine Handelspartner/innen im Süden dabei, Absatzmärkte für ihre Waren in den Industrieländern, aber auch in ihren eigenen Ländern und Regionen zu erschließen. Deshalb tritt er dafür ein, dass die Interessen insbesondere der ärmeren und schwächeren Entwicklungsländer in internationalen Handelsabkommen besonders berücksichtigt werden und den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDCs) ein bevorzugter Zugang zu den Märkten der Industrieländer ermöglicht wird. Zugleich fordert das Forum Fairer Handel eine Unterstützung und Qualifikation von Kleinproduzenten/-innen, damit diese die Chancen einer Beteiligung am (Welt-)Handel nutzen können.

¹ Vgl. gemeinsame Definition der internationalen Dachorganisationen des Fairen Handels:
www.forum-fairer-handel.de/fairer-handel/definition



FORDERUNG 5 DIE ÖKONOMISCHE GLOBALISIERUNG MUSS POLITISCHE GESTALTUNGSFREIHEIT ERMÖGLICHEN.

Deshalb setzt sich das Forum Fairer Handel für einen politischen Ordnungsrahmen ein, der nicht einseitig die Rechte der internationalen Investoren schützt, sondern mit geeigneten Maßnahmen zur Umsetzung einer national oder regional angepassten Entwicklungsstrategie beiträgt. Dies schließt die gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Gruppen mit ein.

Für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes ist staatliche Politik von großer Bedeutung. Daher darf Armutsbekämpfung des Staates nicht durch die Politik internationaler Organisationen wie der WTO oder durch internationale Abkommen eingeschränkt oder sogar unmöglich gemacht werden. Zum Beispiel müssen die Länder, die Kredite beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aufnehmen, eine Vielzahl von Forderungen und Bedingungen erfüllen, die immer komplexer werden.

Die Anforderungen, die die WTO im Wesentlichen auf Druck der EU und der USA an ihre Mitglieder stellt, gehen in die gleiche Richtung: Liberalisierung des Außenhandels, Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen und Deregulierung der nationalen Wirtschaft. Diese Vorgaben und Regelungen engen die Möglichkeiten für nationale Entwicklungsstrategien ein. Der Versuch, alle Länder auf ein einheitliches Entwicklungskonzept festzulegen, blendet die nationalen Realitäten aus und widerspricht dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht der Menschen.

Auch durch bilaterale und regionale Handelsabkommen werden die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Für eine an das Land angepasste Entwicklung braucht es einen politischen Ordnungsrahmen, der Unternehmen an bestehende Umwelt- und Sozialstandards bindet und der es ermöglicht, neue Regelungen zur Ressourcenschonung, zum Umweltschutz, zur sozialen Gerechtigkeit sowie den Menschenrechten zu erlassen.

Darauf zielen auch die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Mit ihnen wurde 2011 eine weithin akzeptierte Grundlage für die Verantwortung von Staaten und Unternehmen für die Menschenrechte geschaffen. Dazu müssen sie entsprechende Gesetze schaffen und durchsetzen. Dieser Schutzpflicht kommt der deutsche Staat bislang

nicht ausreichend nach. Gleichzeitig sind Unternehmen in der Verantwortung, negative Auswirkungen ihres Handelns auf Menschenrechte vorzubeugen, im Falle von Menschenrechtsverstößen diese zu beheben und wiedergutzumachen. Diese Sorgfaltspflicht gilt für interne Arbeitsbedingungen, Zulieferer oder auch bei einem Landkauf.

Die UN-Leitprinzipien heben hervor, dass die Bereitstellung von effektiven Rechtsmitteln gegen Menschenrechtsverstöße durch Unternehmen zu den wesentlichen staatlichen Schutzpflichten gehört. Die Leitprinzipien verlangen damit zwar, dass alle national oder im Ausland tätigen Unternehmen die international vereinbarten Menschenrechtsnormen „respektieren“ und umsetzen sollen. Allerdings sind sie völkerrechtlich nicht bindend und für Unternehmen nicht verpflichtend. Daher hat die EU alle Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, nationale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien aufzustellen. Das Forum Fairer Handel fordert im Rahmen dieser Umsetzung in Deutschland menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen einschließlich ihrer Tochterunternehmen und Zuliefererbetriebe gesetzlich festzuschreiben. Gleichzeitig unterstützt das Forum Fairer Handel den 2012 erarbeiteten Vorschlag von 85 Entwicklungsländern innerhalb der UN, aus den Leitprinzipien ein bindendes und sanktionsbewehrtes UN-Abkommen zu machen, mit dem transnationale Konzerne auf die Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet werden.

Durch den Fairen Handel werden Produzent/innen in ihrer Eigenverantwortlichkeit gestärkt und an Entscheidungsprozessen beteiligt. Dies beinhaltet die gesellschaftliche Teilhabe von benachteiligten Gruppen, für die der Faire Handel eintritt.



FORDERUNG 6 GLOBALE HANDELPOLITIK MUSS DEMOKRATISCHER UND TRANSPARENTER WERDEN.

Das Forum Fairer Handel fordert eine Politik, die bei Verhandlungen und Entscheidungen über neue Handelsregeln und -abkommen eine breite gesellschaftliche und damit öffentliche Diskussion sowie eine angemessene, gleichberechtigte Mitwirkung aller potentiell Betroffenen ermöglicht.

Die internationale Handelspolitik ist nach wie vor intransparent und entzieht sich jeglicher adäquater Kontrolle durch Parlamente und Zivilgesellschaft. Verhandlungen und Entscheidungen über Abkommen, sei es bilateral oder innerhalb der WTO, finden hinter verschlossenen Türen statt. Im Gegensatz zu Vertretern/-innen von Unternehmensverbänden und großen Konzernen mit sehr starker Lobby haben zivilgesellschaftliche Organisationen bei diesen Verhandlungen weitaus weniger Mitwirkungsmöglichkeiten.

Während die WTO wenigstens alle Verhandlungsdokumente ins Internet stellt, sind solche Dokumente bei den immer wichtiger werdenden bilateralen Verhandlungen der EU geheim. Die Verhandlungen werden immer von der EU-Kommission in enger Rücksprache mit den Wirtschaftsministerien der EU-Mitgliedsstaaten geführt, ohne dass Parlament oder Öffentlichkeit davon erfahren oder gar beteiligt werden.

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen muss daher ein breit angelegter gesellschaftlicher Konsultationsprozess initiiert werden, der unter Einbeziehung u. a. von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen stattfindet. Industrielle Lobbygruppen dürfen nicht bevorzugt werden. Es müssen diejenigen eingebunden werden, die direkt oder indirekt von einem Handelsabkommen betroffen sein werden. Verhandlungsmandate der EU müssen das Ergebnis einer breiten öffentlichen Diskussion sein, nicht das Ergebnis geheimer Beratungen der Wirtschaftsministerien der EU-Mitgliedsstaaten mit der Kommission, auf die noch nicht einmal Parlamente Einfluss haben.

Aber auch innerhalb der WTO können viele Mitgliedsländer, insbesondere kleinere und ärmere Entwicklungsländer, nicht gleichberechtigt an den Verhandlungen teilnehmen. Schon die personellen Kapazitäten für die meist sehr vielfältigen und komplexen Verhandlungen sind so unterschiedlich verteilt, dass die Staaten des Globalen Nordens aufgrund ihres umfangreichen Berater/innenstabs viel bessere Ausgangsbedingungen haben. Oft stellen einige wenige Länder hinter den Kulissen die Weichen für die Verhandlungen und ihre Ergebnisse.

Mit Zusammenschlüssen wie der G33 (Gruppe von 33 Entwicklungsländern mit großer bäuerlicher Bevölkerung) oder der G 20 (Gruppe von Entwicklungs- und Schwellenländern) konnten die Entwicklungsländer ihre Interessen bei den Verhandlungen besser als bislang vertreten und durchsetzen, dennoch ist eine weitere Stärkung ihrer personellen und fachlichen Kapazitäten notwendig. Es bedarf aber auch Reformen der WTO, um mehr Transparenz und gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Beteiligung benachteiligter Produzenten/-innen ist ein wesentliches Merkmal des Fairen Handels. Die Handelspartner/innen entscheiden bei grundlegenden Fragen mit. Darüber hinaus stärkt und fördert der Faire Handel zivilgesellschaftliche Organisationen wie Genossenschaften, Organisationen von Bäuerinnen und Bauern oder Gewerkschaften in den Ländern des Globalen Südens.



FORDERUNG 7 UNTERNEHMEN UND DIE ÖFFENTLICHE HAND MÜSSEN IHRE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN.

Deshalb setzt sich das Forum Fairer Handel ein für bindende und sanktionsbewehrte Berichtspflichten für ökologische und soziale Unternehmensdaten und ein öko-faires öffentliches Beschaffungswesen. Beides erfordert eine stärkere politische Regulierung als bisher. Das Forum Fairer Handel fordert darüber hinaus, dass in die Bewertung eines Produktes die gesamten Lebenszykluskosten mit einbezogen werden. So könnten Kaufentscheidungen, sei es von privaten oder öffentlichen Kunden/-innen, einen wichtigen Beitrag zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung leisten.

Mit der Globalisierung wächst der internationale Wettbewerb zwischen Unternehmen. Damit einher geht nicht selten eine Verschlechterung der Arbeits- und Produktionsbedingungen. Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und der Faire Handel haben in den vergangenen Jahren immer wieder auf soziale Missstände in der Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern hingewiesen. Denn obwohl für Großunternehmen eine Pflicht zur Veröffentlichung von Bilanzdaten besteht, gilt dies nicht für Informationen, die auch eine Abschätzung und vergleichende Bewertung ihrer sozialen und ökologischen Leistungen bzw. Risiken erlauben würden. Ohne derartige Daten sind die Nachfrager/innen – die Verbraucher/innen, Investoren, das öffentliche Beschaffungswesen – aber nicht in der Lage, ihre Entscheidungen im Sinne sozialer und ökologischer Zielsetzungen zu treffen.

Auf das gesteigerte Interesse von Konsumenten/-innen, die mit einer bewussten Kaufentscheidung Firmen unterstützen wollen, die ökologische und soziale Standards in ihrer Produktion einhalten, reagierten einige Unternehmen mit freiwilligen Verhaltenskodizes. Mit ihnen geben sich Unternehmen selbst Regeln, zu deren Einhaltung sie sich verpflichten. Das Forum Fairer Handel unterstützt es, dass Unternehmen ihre soziale Verantwortung übernehmen. Die bisherigen Verhaltenskodizes sind aber kein Ersatz für Tarifverhandlungen, gesetzliche Regelungen oder verbindliche internationale Normen. Zudem sind sie unsystematisch, untereinander kaum vergleichbar und nicht extern verifiziert. Daher setzt sich das Forum Fairer Handel für eine staatliche Regulierung ein, damit alle Unternehmen menschenrechtliche und umweltverträgliche Standards einhalten. Für die Durchsetzung bedarf es einer Ausweitung bestehender Sorgfaltpflichten der Unternehmen auf soziale, ökologische und menschenrechtliche Belange, einer verbindlichen und stren-

gen Offenlegungspflicht für Unternehmen, die auch Tochter- und Zulieferbetriebe entlang der Lieferkette einschließt, sowie effektiver Beschwerdemechanismen für Betroffene. Die Bundesregierung sollte diese Punkte in einem Gesetz für deutsche Unternehmen festschreiben.

Auch Bund, Land und Kommunen haben eine soziale und ökologische Verantwortung, die im Rahmen ihres Beschaffungswesens zum Tragen kommen kann. Gerade die öffentliche Hand sollte beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen ein deutliches Signal gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Lohndumping, ausbeuterische Kinderarbeit und Umweltverschmutzung setzen. Sie sollte dafür sorgen, dass fortschrittliche Unternehmen, die Sozial- und Umweltstandards einhalten, vor unfairem Wettbewerb geschützt sind. Hierzu braucht es klare politische Rahmenbedingungen, die eine öffentliche Beschaffung nach öko-sozialen Kriterien fördern – und eine konsequente Umsetzung durch die öffentliche Hand.

Der Faire Handel leistet mehr als nur die Einhaltung von bestimmten sozialen und ökologischen Produktionsstandards. Er hat eine entwicklungspolitische Agenda für die Armutsbekämpfung und die gerechtere Gestaltung des Welt Handels. Über Jahrzehnte hat er damit bewiesen, dass es möglich ist, sozial- und umweltverträglich zu produzieren und Armut zu bekämpfen. Damit stellt er ein erfolgreiches Beispiel für soziale Unternehmensverantwortung mit entwicklungspolitischem Anspruch dar.



FORDERUNG 8 DER INTERNATIONALE HANDEL MUSS DIE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT ALS GARANT FÜR ERNÄHRUNGSSICHERHEIT FÖRDERN.

Deshalb fordert das Forum Fairer Handel, Kleinbauern/-bäuerinnen jenseits von internationalen Handelsregeln einen sicheren Zugang zu Land, Saatgut und lokalen wie globalen Märkten zu ermöglichen. Dringend notwendige Investitionen sollen vor allem einen positiven Einfluss auf Ernährungssicherung, Klima- und Umweltschutz sowie die soziale Gerechtigkeit haben und nicht nur den wirtschaftlichen Interessen internationaler Konzerne dienen.

Obwohl mehr denn je geerntet wird und die globale Lebensmittelproduktion den Bedarf bei Weitem übertrifft, hungern weltweit immer noch knapp eine Milliarde Menschen, unter ihnen viele Kleinbauern/-bäuerinnen. Viele der von Armut und Hunger betroffenen Länder haben eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft.

Der Weltagrарbericht bezeichnet die Kleinbauern/-bäuerinnen als das Rückgrat der Welternährung. Sie, und nicht die industrielle Landwirtschaft, produzieren nach wie vor den größten Teil aller Lebensmittel. Weltweit geraten Kleinbauern/-bäuerinnen jedoch durch das derzeitige Agrar- und Handelssystem mit seiner einseitigen Ausrichtung auf eine industrielle Landwirtschaft zunehmend unter Druck. So werden sie etwa bei Landfragen gegenüber Investoren benachteiligt. Fruchtbare Flächen werden für großflächige Plantagen von Exportprodukten frei gemacht, die bisherigen Nutzer/innen, die oft über keine oder unklare Besitztitel verfügen, werden vertrieben oder mit unzureichender Entschädigung umgesiedelt.

Gefahren drohen auch durch die zunehmende Kommerzialisierung und Patentierung von Saatgut, welche durch WTO-Recht und die „G8 New Alliance for Food Security and Nutrition“ gefördert werden. Die EU will sich in dem geplanten und umstrittenen Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) gemeinsam mit Kanada verpflichten, diese Kommerzialisierung von Saatgut in internationalen Verhandlungen weiter voranzutreiben. Bäuerinnen und Bauern müssten somit für die Nutzung von vielfach nur geringfügig verändertem Saatgut bezahlen. Das würde die finanziellen Möglichkeiten vieler kleinbäuerlicher Betriebe überfordern. Das Forum Fairer Handel fordert den Schutz der Rechte der Bäuerinnen und Bauern auf Austausch ihres selbsterzeugten Saatgutes und dessen Wiederaussaat, die nicht durch die Ausweitung des internationalen Patentrechts beeinträchtigt werden dürfen.

Nur wenige internationale Konzerne dominieren den Agrarhandel und die Lebensmittelbranche. Deren Marktmacht und Dominanz und die Abhängigkeit von ihnen bekommen Millionen von Kleinbauern/-bäuerinnen weltweit zu spüren. Die Konzerne können die Abnahmepreise für Exportprodukte oft nach Belieben diktieren. Eine Folge davon ist, dass Kleinbauern/-bäuerinnen zumeist kein angemessenes Einkommen erhalten. Zudem drängen global agierende Unternehmen auf die lokalen Märkte der Entwicklungs- und Schwellenländer, begünstigt durch die in den WTO-Regeln sowie in bilateralen Handelsabkommen festgeschriebene weitgehende Marktöffnung für ausländische Agrarprodukte. Mit den oftmals direkt oder indirekt subventionierten Produkten können die einheimischen Kleinbauern/-bäuerinnen selten mithalten. Sie erleiden Verdiensteinbußen oder werden von den Märkten verdrängt.

Daher fordert das Forum Fairer Handel, dass weder in der WTO noch in anderen Handelsabkommen notwendige, national angepasste Maßnahmen zur Sicherung der Ernährungssicherheit als handelshemmende Unterstützung gewertet und sanktioniert werden. Dies schließt Maßnahmen zur Anpassung an den bzw. Schutz vor dem Klimawandel ein.

Der Faire Handel stellt insbesondere das Potential und die Leistungsfähigkeit bäuerlicher Landwirtschaft unter Beweis und unterstützt ökologische Anbaumethoden sowie die Diversifizierung und Weiterverarbeitung der Produkte. Er unterstützt und qualifiziert die Kleinproduzenten/-innen, damit diese die Chance einer gerechteren Beteiligung am lokalen wie globalen Handel nutzen können. Das Forum Fairer Handel setzt sich daher für ein Landwirtschaftsmodell ein, wie es auch der Weltagrарbericht empfiehlt, und unterstützt dessen Forderung nach einer internationalen Agrarwende.



Das Forum Fairer Handel ist das bundesweite Netzwerk des Fairen Handels. Es wurde 2002 gegründet, um die Aktivitäten des Fairen Handels in Deutschland zu koordinieren. Unser Ziel ist es, das Profil des Fairen Handels zu schärfen, gemeinsame Forderungen gegenüber Politik und Handel durchzusetzen und eine stärkere Ausweitung des Fairen Handels zu erreichen. Es gehört daher zu unseren Aufgaben, als Netzwerk der Fair-Handels-Akteure in Deutschland den Fairen Handel in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik zu profilieren. Wir verstehen uns als die politische Stimme der Fair-Handels-Bewegung in Deutschland und setzen uns für veränderte Regeln für Handel und Landwirtschaft weltweit ein.

Unsere Mitglieder sind Organisationen, die ausschließlich im Fairen Handel arbeiten und Akteure, die die Förderung des Fairen Handels als einen der Schwerpunkte ihrer Arbeit ansehen. Mitglieder sind der Weltladen-Dachverband e. V., die Fair-Handels-Importeure GEPA – The Fair Trade Company, EL PUENTE, dwp, BanaFair und GLOBO – Fair Trade Partner sowie Naturland – Verband für ökologischen Landbau.

Weitere Organisationen wie aej, BDKJ, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Misereor, die Siegelorganisation TransFair e. V., die Konferenz der Fair-Handels-Beratung, INKOTA-netzwerk e. V., die Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (agl), die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die Sternsinger und die Verbraucher Initiative arbeiten in den Arbeitsgruppen des Netzwerkes mit.

